

Protokoll über die Sitzung Nr. 11/2018 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 17. Dezember 2018, um 14:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister

Andreas Wagner

Mitglieder Gruppe CDU/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion:

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial:

Vertreterin Petra Stomberg
Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP-Fraktion:

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion:

Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied AfDW-Fraktion:

Beigeordneter Thorsten Moritze

Es fehlten entschuldigt:

Beigeordneter Jörg Mückenwarf
Beigeordneter Michael von den Berg

Dezernenten:

Stadtbaurat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung:

Jürgen Janßen - Fachbereichsleitung Wirtschaft und Regionalmanagement (FB 03)
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination (FB 13)
Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination (FB 13)
Jörg Walkenhorst - Fachbereich Rechnungsprüfungsamt (FB 14)
Torben Müller - Fachbereich Finanzen (FB 20)

Protokollführerin:

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen (FB 20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 26.11.2018 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) 2017 sowie die Entlastung der Betriebsleitung | 291/2018 |
| 4.2 | Ausbau Kindertagespflege | 296/2018 |
| 4.3 | Antrag Gruppe CDU/WBV auf Fortführung der Förderschule im "Lernschwerpunkt Lernen" bis zum Ende des Schuljahres 2027/2028 | 552/2018 |
| 4.4 | Interessenbekundung Jadedstadion | 357/2018 |
| 4.5 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKGVG durch den Rat | 345/2018 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKGVG durch den Verwaltungsausschuss | 344/2018 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unverändert festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 26.11.2018

Die Niederschrift lag zum Zeitpunkt der Sitzung nicht vor und konnte daher nicht genehmigt werden.

- 4 Vorlagen an den Rat

- | | | |
|-----|---|-----------------|
| 4.1 | <u>Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) 2017 sowie die Entlastung der Betriebsleitung</u> | 291/2018 |
|-----|---|-----------------|

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman bedankte sich zunächst bei dem Rechnungsprüfungsamt. Es gab aufgrund der Prüfung 50 Umbuchungen mit einem Umfang von 11,8 Mio. €.

Außerdem hinterfragte **Herr Dr. von Teichman**, warum Investitionen in Höhe von 12,3 Mio. € nicht umgesetzt wurden. Er erkundigte sich ebenfalls nach dem Sachstand bezüglich der Stadthalle und den im Prüfbericht genannten Risiko bezüglich der Altlastensanierung.

Herr Leinert erklärte, dass die Verzögerung der Investition unter anderem an Personalproblemen läge. Zusätzlich flossen die Gelder, aufgrund von verzögerten Rechnungen, nicht so schnell ab wie geplant. Für die Stadthalle sei ein intensiver technischer Sachstandsbericht in Arbeit. Anfang des Jahres 2019 werde ein Grundsatzbeschluss in den Rat eingebracht. **Herr Leinert** erläuterte auch, dass bei der Altlastensanierung laut Prüfbericht ein Risiko für den Eigenbetrieb bestehe, da diese Maßnahme nicht durch Erlöse refinanzierbar sei. Die Kosten für die Altlastensanierung verringern die Gewinnabführung an den Kernhaushalt.

Auf Nachfrage von **Herrn Tönjes** und **Herrn Dr. von Teichman** erläuterten **Herr Oberbürgermeister Wagner** und **Herr Leinert**, dass bei GGS ein personelles Kapazitätsproblem vorläge. Man sei jedoch positiv, den Personalmangel langfristig zu beheben.

Herr Hellwig teilte mit, dass die Gruppe CDU/WBV der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2017 wird gemäß Abschlussprüfung vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wilhelmshaven mit einem Jahresergebnis von 2.552.438,37 € festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt.

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2017 ist wie folgt zu verwenden:

1.183.671,11 € Eigenkapitalverzinsung werden an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven abgeführt.

Der Betrag von **1.368.767,26 €** wird im Rahmen der Gewinnabführung an den Kernhaushalt abgeführt.

2. Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

4.2 Ausbau Kindertagespflege

296/2018

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor.

Frau Stromberg berichtete, dass im Jugendhilfeausschuss bereits über die Beschlussvorlage diskutiert wurde und befürwortete diese. Außerdem sprachen sich die **Herren Hellwig** und **Tönjes** für die Beschlussvorlage aus.

Herr Jacques gab bekannt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde. Er zweifelte an, dass die Mitarbeiter nach einem Crash-Kurs ausreichend qualifiziert seien. **Herr Reese** zeigte sich ebenfalls skeptisch.

Frau Bakir teilte mit, dass sie sich enthalten werde.

Herr Oberbürgermeister Wagner und **Herr Schönfelder** führten aus, dass die Tagespflege ein sinnvolles und notwendiges Instrument sei. Die Betreuung sei sehr flexibel und aufgrund des Personalmangels sei es zurzeit nicht möglich, jedem Kind einen Kindergartenplatz zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. von Teichman und **Herr Becker** hinterfragten die zeitliche Befristung auf drei Jahre. Herr Schönfelder erklärte, dass nach 3 Jahren geprüft werden soll, ob sich die Betreuungsart bewährt habe.

Herr Prof. Dr. Preuß informierte darüber, dass die AfD-Fraktion sich enthalten werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, den Betrieb von zwei Standorten für Großtagespflegestellen auszuschreiben. Der Betrieb ist auf zunächst drei Jahre zu befristen.

4.3 Antrag Gruppe CDU/WBV auf Fortführung der Förderschule im „Lernschwerpunkt Lernen“ bis zum Ende des Schuljahres 2027/2028 **552/2018**

Herr Hellwig brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein.

Herr Dr. von Teichman sprach sich gegen den Antrag aus. Die Schüler der Förderschule mit dem Lernschwerpunkt Lernen könnten gut in die anderen Schulen integriert werden. Außerdem entstünden durch die Weiterführung hohe Kosten.

Herr Moriße und **Herr Prof. Dr. Preuß** befürworteten den Antrag.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat möge beschließen, die bestehende Förderschule im „Lernschwerpunkt Lernen“, an unserem Förderzentrum, bis zum Ende des Schuljahres 2027/28 weiterzuführen.

Begründung:

Mit Beendigung des Schuljahres 2018/19 läuft die Förderschule im „Lernschwerpunkt Lernen“ an unserem Förderschulzentrum aus. Der Niedersächsische Landtag hat am 27. Februar 2018 das Niedersächsische Schulgesetz geändert. Die Fortführung der

Beschulung für den „Lernschwerpunkt Lernen“ ab dem 5.Schuljahr ist mit dieser Änderung nunmehr bis zum Ende des Schuljahres 2027/2018 möglich geworden.

Zu beachten ist, dass im Hinblick auf die Fortführung der Förderschule mehr Zeit gewonnen wird, um zusätzliche pädagogische Fachkräfte einzustellen. Des Weiteren wird Zeit gewonnen für die Feststellung der Entwicklung der Schülerzahlen für die Planung der Einrichtung inklusiver Schulen. Den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und der Sorgen und Nöte von Eltern und Lehrkräften muss Rechnung getragen werden.

Mit der Gesetzesänderung sind die Schulträger aufgefordert worden, für eine Fortführung von Förderschulen, die Entwicklung der Schülerzahlen und eine Planung für die Einrichtung inklusiver Schulen vorzulegen.

Für das Oberzentrum Wilhelmshaven ist das Anbieten aller Schulformen unumgänglich. Dazu gehört auch das Angebot einer Förderschule, da in Wilhelmshaven ein entsprechender Elternwille und Bedarf besteht.

4.4 Interessenbekundung Jadestadion

357/2018

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman rief die Vereine dazu auf, sich zusammenzuschließen. Er wies daraufhin, dass der Verwaltung durch das Stadion jährlich 100.000 € Kosten entstünden. Dagegen würden lediglich 15.000 € Einnahmen erzielt.

Herr Reese vertrat die Meinung, dass ein solches Verfahren nicht notwendig sei. Es gäbe nur zwei Interessenten und daher könne die Angelegenheit ohne ein solches Verfahren geregelt werden. Daraufhin stellte er einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung.

Der Antrag auf Nichtbefassung wurde mit einer Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Becker brachte hervor, dass sich jeder Verein in der Vergangenheit hätte bewerben können, es hätte sich jedoch kein Verein beworben. Ein Interessenbekundungsverfahren sei damit nicht erforderlich. Er merkte außerdem an, dass eine Zwangsfusion der Vereine unmöglich sei.

Herr Walpurgis wies darauf hin, dass eine Fusion der Vereine auch rechtlich Schwierigkeiten mitbringe.

Herr Jacques und **Herr Walpurgis** gaben bekannt, dass sie sich enthalten werden. Die Beschlussvorlage müsse zunächst in der Fraktion beziehungsweise Gruppe diskutiert werden. **Herr Hellwig** gab dagegen bekannt, dass die CDU/WBV der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Interessenbekundungsverfahren für die sportliche Nutzung des Jade Stadions ab Sommer 2019 durchzuführen.

4.5 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **345/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei allen Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Rotary Club Wilhelmshaven	2.250,72 €	Geldspende an die GS Rheinstraße für das Schülerprojekt „Watt’n Mee(h)r“
2. Werner-Brune-Stiftung Parkstr. 8, 26382 Wilhelmshaven	15.500,00 €	Geldspende für den Altenhilfe-Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven
3. Arvato Direct Services Wilhelmshaven GmbH Frau Pöpken, Olympiastr. 1, 26419 Schortens	3.000,00 €	Geldspende an die Oberschule Stadtmitte zur Einrichtung einer Schulbücherei

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-Keine-

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **344/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei den Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Rotary Club	249,28 €	Geldspende für den Instrumentenzirkel (Musical-AG) 08/2017 bis 06/2018 an der GS Rheinstraße

2. Bütthe & de Wall GmbH Olympiastr. 1, 26419 Schortens gemeinsam mit Stukenbrok System GmbH & Co. KG Im Gewerbegebiet 20, 26419 Schortens	270,72 €	Sachspende in Form der Demontage, des Transportes und der Instandsetzung der Köpfe der „Windwächter“ am Südstrand
3. Nietiedt GmbH Oberflächentechnik- und Malerbetriebe Zum Ölhafen 6, 26384 Wilhelmshaven	1.000,00 €	Sachspende in Form des Auf- und Abbaus des Gerüsts sowie der Instandsetzung der Stelen der „Windwächter“ am Südstrand

6 Mitteilungen und Anfragen

Migrationsberatung:

Herr Schönfelder informierte, dass bezüglich der weiteren Beauftragung des mobilen Einsatzteams „Migrationssozialarbeit“ haushaltsrechtliche Schwierigkeiten bestehen. Der Vertrag läuft aus, die Verlängerungsoption wurde nicht in Anspruch genommen. Im Haushalt 2019 sind für die Beauftragung des mobilen Einsatzteams keine Mittel eingeplant. Aufgrund eines Todesfalles ist in der Migrationsberatung nur noch eine halbe Stelle vorhanden, eine Möglichkeit der Kompensation wäre die weitere Beauftragung des mobilen Einsatzteams. Eine Nachbewilligung durch den Rat ist zurzeit nicht möglich, da der Haushalt 2019/2020 noch nicht genehmigt ist. Eine Option wäre den Vertrag unter Vorbehalt des Haushaltes und der Nachbewilligung abzuschließen.

Herr Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass es sich bei der Migrationsberatung zwar um ein wichtiges Thema handelt, dies jedoch eine freiwillige Aufgabe sei. Er sprach sich dafür aus, dass die Stellen in der Migrationsberatung neu bewertet und anschließend wiederbesetzt werden.

Herr Dr. von Teichman und **Herr Prof. Dr. Preuß** erklärten, dass sie die Beauftragung des mobilen Einsatzteams tendenziell nicht unterstützen würden.

Stelle Kämmerer:

Anschließend erkundigte sich **Frau Breuer** nach dem Sachstand bezüglich der Besetzung des Kämmerers.

Herr Schönfelder führte aus, dass es Probleme bei der Findung eines geeigneten Personaldienstleisters gebe. Bald sollen jedoch Vorgespräche mit verschiedenen Personaldienstleistern stattfinden.

Stelle Fachbereichsleitung Finanzen:

Herr Becker erkundigte sich außerdem nach der Wiederbesetzung der Fachbereichsleitung Finanzen. Herr Schönfelder erklärte, dass man hier im Zeitplan sei und es 3 Bewerber gäbe. Zwei der Bewerber werden voraussichtlich zu Vorstellungsgesprächen eingeladen.

Förderung Sportstättenbau:

Herr Heinemann informierte darüber, dass das Land Niedersachsen beabsichtigt ab 2019 für vier Jahre die Förderung für Sportstättenbau von 5,5 Mio. € auf 10,5 Mio. € zu erhöhen. Die Wilhelmshavener Vereine hätten damit gute Chancen bei Sportstättenförderanträgen.

6.1 Angelegenheiten der WirtschaftsförderungWirtschaftsförderungsgesellschaft:

Herr Schönfelder stellte kurz den Satzungsentwurf für die Wirtschaftsförderung vor. Er bedankte sich bei Frau Winkel-Fiedelak und Herrn Janßen für die gute Vorarbeit. Die Wirtschaft kann zukünftig als Mitgesellschafter in die GmbH eintreten.

Herr Oberbürgermeister Wagner und **Herr Schönfelder** berichteten jedoch, dass der AWV sich bisher nicht als Gesellschafter an der GmbH beteiligen möchte. **Herr Schönfelder** informierte, dass die Wirtschaft sich über einen Förderverein an der GmbH beteiligen möchte. Die Einzelheiten müssten jedoch noch geklärt werden.

Herr Hellwig hinterfragte die Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung. **Herr Schönfelder** erklärte, dass je Gesellschafter drei Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsendet werden. Auf Nachfrage von **Herrn Hellwig** erklärte **Herr Schönfelder** außerdem, dass der AWV und die Stadtverwaltung im Aufsichtsrat die gleiche Stimmanzahl haben. Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Hauptverwaltungsbeamten jedoch doppelt.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich überrascht darüber, dass diese Diskussion in öffentlicher Sitzung stattfindet, begrüßte dies jedoch. Zunächst kritisierte **Herr Dr. von Teichman**, dass der Aufsichtsrat mit 16 Mitgliedern zu groß sei und es keine klare Abgrenzung der Tätigkeiten der GmbH gäbe. Außerdem kritisierte er einige der, laut einer Mail von Herrn Strauß, getroffenen Vereinbarungen.

Herr Oberbürgermeister Wagner und **Herr Schönfelder** zeigten sich gegenüber einigen genannten Wünschen des AWV ebenfalls skeptisch. Jedoch müssten viele der genannten Angelegenheiten nicht innerhalb einer Satzung geregelt werden. Bei der vorgelegten Satzung handelt es sich um einen Entwurf, der bis Ende Februar noch geprüft werden kann. Die Verwaltung sei offen für Anregungen.

Herr Oberbürgermeister Wagner wies darauf hin, dass aufgrund eines Ratsbeschlusses ein Teil der Haushaltsmittel für die Wirtschaftsförderung im Jahr 2019 nicht mehr zur Verfügung stehen.

Frau Glaser gab zu Bedenken, dass der Ratseinfluss auf die Gesellschaft sehr beschränkt sei und die Satzung gründlich geprüft werden sollte. Ihr sei zudem von Mitgliedern der AWW signalisiert worden, dass der aktuelle Satzungsentwurf dort noch keine breite Zustimmung finde.

Herr Becker merkte an, dass die Diskussion in der öffentlichen Sitzung unglücklich sei. Er bemängelte außerdem, dass die Politik zu wenig mit einbezogen wird.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:37 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Zahn
Protokollführerin